

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

23. März – 5. April 2024

FOKUS EUROPAWAHLEN

Der Nationalrat der Union des démocrates et indépendants (UDI) stimmte am 23. März einer Unterstützung der von Valérie Hayer (Renaissance) geführten Liste für die Europawahlen zu, auch wenn diese Annäherung an das macronistische Lager auf einige Vorbehalte stieß. Etwa 15 Mitglieder stimmten dagegen, ebenso viele enthielten sich der Stimme. Im Jahr 2019 hatte die Partei 2,5 % der Stimmen erhalten und keinen Abgeordneten ins Europäische Parlament entsandt.

Die Essayistin Malika Sorel-Sutter gab am 24. März bekannt, dass sie sich der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National (RN) anschließen und auf der Liste von Jordan Bardella für die Europawahlen an zweiter Stelle stehen wird. Die in Frankreich geborene Tochter von Algeriern war während der fünfjährigen Amtszeit von Nicolas Sarkozy Mitglied des Hohen Rates für Integration. Sorel-Sutter schrieb mehrere Essays über Einwanderung und das, was sie als „Zerfall Frankreichs“ bezeichnet.

Am 29. März empfing das Generalsekretariat für Verteidigung und nationale Sicherheit (SGDSN) im Vorfeld der Europawahlen zum ersten Mal 17 Wahlkampfteams, um sie für die verschiedenen Formen von Bedrohungen zu sensibilisieren, denen sie ausgesetzt sein können: menschliche oder technische Spionage, Cyberangriffe und Informationsmanipulation. Das SGDSN ist für die Leitung und Koordinierung der Maßnahmen der staatlichen Stellen im Bereich der Verteidigung und der nationalen Sicherheit zuständig.

Nachdem er bereits Mitte März nicht an der ersten Fernsehdebatte zwischen den Spitzenkandidaten für die Europawahlen teilgenommen hat, will der Spitzenkandidat des Rassemblement National Jordan Bardella auch an der nächsten Fernsehdebatte, die am 10. April von France 24 und RFI organisiert wird, nicht teilnehmen. Vertreten soll ihn der ehemalige Frontex-Chef Fabrice Leggeri, der auf der Liste der Nationalisten an dritter Stelle steht. Valérie Hayer, Kandidatin der Regierungsmehrheit zeigte sich über die erneute Absage „bestürzt“ und forderte von Bardella „ein wenig Respekt für die Wähler“. Hayer forderte die Organisatoren der Debatte dazu auf, die Teilnahme eines Vertreters Bardellas abzulehnen. Andernfalls würde auch sie ihre Teilnahme überdenken.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

Die französische Regierung und die Regionen haben sich am 3. April in letzter Minute auf die Einführung eines Bahnpasses für unter 27-jährige geeinigt. Laut Angaben des Verkehrsministeriums werden im Juli und August rund 700 000 junge Menschen für 49€ freien Zugang zu Regionalzügen haben. Inspiriert vom Deutschlandticket sei der Bahnpass jedoch nur ein erster Schritt. Der Staat wird 80 % der Gesamtkosten übernehmen, die Regionen 20%. In einer ersten Fassung des Projekts hatte die Aufteilung 50:50 betragen.

Die französische Bildungsministerin Nicole Belloubet kündigte eine Sicherung der digitalen Arbeitsräume an Schulen an. Rund 400 Schulen hätten auf der Plattform ENT, die von Lehrern, Schülern und Eltern genutzt wird, Terrordrohungen erhalten. Unter anderem wurde ein Enthauptungsvideo an mehrere Schulen gesendet.

Innenminister Gérald Darmanin bestätigte am 31. März, dass im Rahmen der Sicherheitskontrollen des Personals und der Freiwilligen für die Olympischen Spiele 800 Personen, darunter 15, die als Gefährder eingestuft sind, ausgeschlossen wurden. Insgesamt führt der französische Staat Kontrollen bei rund 1 Million Personen durch.

Die Fraktion der Républicains in der Nationalversammlung wird einen Untersuchungsausschuss über das „starke Schuldenwachstum unter der Präsidentschaft von Emmanuel Macron“ einrichten. Das Ziehungsrecht ist eine Bestimmung der Geschäftsordnung der Nationalversammlung, die es einer Fraktion ermöglicht, einen Entschließungsantrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf die Tagesordnung zu setzen. Das öffentliche Defizit Frankreichs erreichte laut dem Statistikamt Insee im Jahr 2023 5,5% des BIP, 15,8 Mrd. EUR mehr als erwartet. Die Regierung hält jedoch an ihrem Ziel fest, das öffentliche Defizit bis 2027 auf unter 3% des BIP zu senken. Für 2024 wurden bereits Einsparungen in Höhe von 10 Milliarden Euro vereinbart, und für 2025 sind Kürzungen in Höhe von 20 Milliarden Euro angekündigt.

Die nationale Finanzstaatsanwaltschaft ermittelt gegen den ehemaligen Premierminister und Bürgermeister von Le Havre, Edouard Philippe. Die Voruntersuchung wurde bereits im Dezember 2023 eingeleitet, nachdem die ehemalige stellvertretende Generaldirektorin der Stadtgemeinschaft eine Klage eingereicht hatte. Sie bezieht sich auf den Verdacht der „illegalen Interessenübernahme, Veruntreuung öffentlicher Gelder und Mobbing“.

Emmanuel Macron drückte am 29. März in einem Telefongespräch gegenüber dem neu gewählten senegalesischen Präsidenten Bassirou Diomaye Faye seinen „Willen zur Fortsetzung und Intensivierung der Partnerschaft zwischen Senegal und Frankreich“ aus. Bassirou Diomaye Faye versicherte am 1. April bei seinem ersten öffentlichen Auftritt, dass sein Land „der sichere und zuverlässige Verbündete aller respektvollen ausländischen Partner“ bleiben werde. Eine erste Stellungnahme, die von Frankreich, der ehemaligen Kolonialmacht Senegals und seinem wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner, als ermutigend angesehen wird.

Das französische Verteidigungsministerium hat am 28. März auf X auf eine gefälschte Website hingewiesen, die Teil einer russischen Desinformationskampagne sein könnte. Die Seite, die das Logo des Ministeriums nutzt, fordert 200 000 Franzosen dazu auf, sich militärisch in der Ukraine zu engagieren und richtete sich prioritär an Einwanderer.

Während eines Besuchs in Peking betonte der französische Außenminister Stéphane Séjourné die Schlüsselrolle Chinas bei der Achtung der Souveränität der Ukraine. Er lehnte auch die Notwendigkeit einer „Abkopplung“ von China ab, plädierte jedoch für eine „Neuaufrichtung“ der Wirtschaftsbeziehungen mit Europa. Stéphane Séjourné gab am 1. April den Startschuss für die Ausstellung „Versailles in der Verbotenen Stadt“ in Peking, mit der das 60-jährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und China gefeiert wird.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Wirtschaftsblock Mercosur in seiner derzeitigen Form eine klare Absage erteilt. Bei einem dreitägigen Besuch in Brasilien bezeichnete er das Freihandelsabkommen als „sehr schlechtes Abkommen“. „Lasst uns ein neues, verantwortungsvolleres Abkommen aushandeln, das sich an unseren Zielen und der Realität orientiert und das der Entwicklung, dem Klima und der biologischen Vielfalt Rechnung trägt“, so Macron.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop könnte die derzeitige Kulturministerin Rachida Dati bei den Kommunalwahlen 2026 das Bürgermeisteramt der französischen Hauptstadt gewinnen. Sie liegt derzeit mit 13 Prozentpunkten vor der derzeitigen Bürgermeisterin Anne Hidalgo. Ein Sieg wäre nach den Umfrageergebnissen jedoch nur möglich, wenn Dati gemeinsam mit der Regierungsmehrheit kandidiert. Rachida Dati war nach ihrer Ernennung als Ministerin aus der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains ausgeschlossen worden.

3
8
2
6
1
5
7
3
9
2
0
1
6
2
7

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Zahl der Menschen, die seit Jahresbeginn illegal den Ärmelkanal in Richtung Großbritannien überquert haben, ist im Vergleich zu 2023 um 41,7% gestiegen und hat damit ein Rekordniveau erreicht. Im ersten Quartal 2024 haben 5373 Personen die gefährliche Überfahrt illegal unternommen, verglichen mit 3793 im ersten Quartal 2023. Allein im März dieses Jahres belief sich die Zahl auf 3118.